



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser.**

Sicherlich haben Sie bemerkt, dass dieses Ostern ganz anders war als sonst, weil Sie Dat Osterpöggskén vermisst haben. Das liegt daran, dass wir uns überlegt haben, die Sinne für die wirklich wichtigen Dinge – Kommunalpolitik eben – genau in dem Augenblick zu schärfen, wenn es in die neue Politikphase zwischen Oster- und Sommerferien geht. Schließlich fahren der Westfale und die Westfälin sowieso nur in Urlaub, um nachzusehen, ob es woanders fast so schön ist wie zu Hause. Nachdem das nun erledigt ist, kommt alles wieder in seine Ordnung und sogar Dat Pöggskén liegt dort, wo es hingehört, nämlich auf Ihrem Tisch.

Wir wünschen viel Spaß damit und einen guten Einstieg in die warme Jahreszeit.

Ihre Pöggskénredaktion

Preisausschreiben

Die GRÜNEN aus Münster und Telgte veranstalten gemeinsam ein Preisausschreiben zum geplanten Ausbau der B51 zwischen Handorf und Telgte.

Mehr dazu auf Seite 11



Etappenziel erreicht

Neue Kitas im Fürstendiek und an der Georg-Muche-Straße



Für die Kita am Fürstendiek beginnen bereits die Arbeiten.

Bild: b.s.

Die Standortsuche für die zwei dringend benötigten, neuen Kindertagesstätten in Telgte ist bereits seit 2015 im Gange und soll in diesem Jahr durch die letzten politischen Beschlüsse zum Baubeginn an den Standorten Fürstendiek und an der Georg-Muche-Straße führen.

In den vergangenen Jahren waren die politischen Entscheidungsprozesse vor allem deshalb so verzögert, weil viele alternative Standorte sehr ernsthaft geprüft worden sind. Diese waren aber aus unterschiedlichen Gründen nicht als Kita-Standorte geeignet oder standen nicht

zur Verfügung. Die Konsequenzen daraus sind spätestens mit Beginn des nächsten Kita-Jahres deutlich: Erstmalig erhalten Familien mit Kindern unter drei Jahren keinen Kita-Platz in Telgte.

Im Februar haben Anwohner*innen den Fraktionen erneut ihre Bedenken gegen

den Bau einer Kindertagesstätte in Verlängerung der Georg-Muche-Straße zugesandt. Wir GRÜNE erkennen den hohen Einsatz der Bürger*innen in dieser Angelegenheit ausdrücklich an und haben uns intensiv mit den zusätzlich beauftragten Stellungnahmen auseinandergesetzt. Einige Argumente, die uns dazu bewogen haben, für den Bau einer Kita an diesem Standort zu stimmen, finden sich hier:

Gerade in der Bauleitplanung steht bei Entscheidungsprozessen die Abwägung zwischen verschiedenen Interessen und Schutzgütern im Mittelpunkt. Fast immer stehen ökologische Belange gegen ein öffentliches Inte-

Fortsetzung auf Seite 2

Sie bleibt stehen - eine echte Augenweide

Schon mehrfach hatten die GRÜNEN die mächtige Weide im Kiebitzpohl vor der Abholzung bewahrt.

Dann der Schock: Im Zusammenhang mit der Feinplanung der Gewerbegebietserweiterung Kiebitzpohl-Nord wurde dann allerdings in einer Sitzung des Bau- und Planungsausschusses knapp mitgeteilt, dass die Weide jetzt nicht mehr zu halten sei, weil der Straßenanschluss aus dem vorhandenen Gewerbegebiet mit Weide nicht funktionieren würde.

Zum Glück hat die Verwaltung die hohe Betroffenheit sofort aufgenommen und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Eine bestand darin, die Weide um ungefähr zehn Meter auf die andere Straßenseite zu versetzen. Eine



Zurückgeschnitten und umgesetzt. In zwei Jahren soll sie wieder so schön sein wie vorher.



andere der großen Fraktionen im Rat, wollte die 3.000 Euro Kosten nicht freigeben und schlug vor, die GRÜNEN könnten die ja über Spenden einsammeln.

Da die GRÜNEN dazu keine Bedenken hatten und zusagten, gab es eine Mehrheit im Ausschuss.

Sehr gefreut hat die GRÜ-

NEN die öffentliche Resonanz, die eine andere - nicht weniger wichtige - „Vernunft“ über die allgemein gültige stellte. Besonders erwähnt sei auch die spontane Bereitschaft Herrn Blesers, einem der Geschäftsführer der Firma Hygi, in direkter Nachbarschaft der Weide, die Kosten für die Umsetzung zu

übernehmen. Vielen Dank! Dieses Mal haben alle zusammen die mächtige Weide und damit auch ihre Ausstrahlung in den Kiebitzpohl gerettet. Nun bleibt nur noch: Daumen drücken, dass sie auch an ihrem neuen Standort ausschlägt.

Text u. Bilder: g.k.

Etappenziel erreicht

Fortsetzung von Seite 1

resse. Diese Abwägungen nehmen wir sehr ernst, weil beide Seiten zentrale Punkte unserer Politik sind.

Insbesondere wir GRÜNE sehen uns in der Verantwortung, für eine ausreichende Zahl an Kindergartenplätzen in Telgte zu sorgen und eine verantwortliche Stadtentwicklungsplanung zu beschließen. Wir machen uns die Entscheidungen dabei nicht leicht, sondern diskutieren in unserer Fraktion intensiv verschiedene Varianten.

Gesetzlich geregelt und damit nicht diskutabel ist dabei der Anspruch auf einen Kita-Platz. Kontrovers haben wir uns jedoch über die Siedlungsentwicklung im Telgter Süden auseinandergesetzt. Letztendlich sind wir mehrheitlich zu dem Schluss gekommen, dass Telgte eine Siedlungsentwicklung braucht, vor allem weil wir einen größeren Anteil an Mehrfamilienhäusern benötigen und dass diese Entwicklung im Süden Telgtes stattfinden soll. In diesem Gesamtzusammenhang sehen wir auch die Kita-Ansiedlung an der Georg-Muche-Straße, da sie durch das neue Baugebiet eine neue Zufahrt erhalten wird.

Warum überhaupt zwei neue Kitas?

Die noch zu errichtende Kita am Fürstendiek soll drei Gruppen für rund 55 Kinder aufnehmen. Damit ist aber bereits der

Bedarf im Kita-Jahr 2018/19 nicht abzudecken.

Die geplante Kita an der Georg-Muche-Straße soll vier Gruppen für 75 Kinder beherbergen. Jede weitere Planungsverzögerung führt dazu, dass noch mehr Eltern keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden werden. Spätestens Mitte 2019, zum Beginn des Kita-Jahres 2019/20, werden in der Stadt zahlreiche Kitaplätze fehlen, wenn die zusätzliche Einrichtung im Süden bis dahin nicht den Betrieb aufnehmen kann.



Das Baugrundstück für die Kita. Rechts hinten die Engstelle in der Georg-Muche-Straße.

Bild: g.k.

Hier nimmt uns das zuständige Kreisjugendamt als politisch Verantwortliche vor Ort zurecht in die Pflicht. Es weist seit Jahren mit seiner Bedarfsplanung auf die Notwendigkeit neuer Einrichtungen hin.

Um dem gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz zu genügen, stehen wir also unter erheblichem Zeitdruck, der auch dadurch entstanden ist, dass das Verfahren im vergangenen Jahr angehalten wurde, damit die Stadtverwaltung gewissenhaft alle als möglich erscheinenden alternativen Stand-

orte nochmals untersuchen konnte. Übrig geblieben sind dabei die Standorte an der Georg-Muche-Straße und am Fürstendiek.

Beide neu zu errichtenden Kindertagesstätten sind trotz der erfolgten Erweiterungen in allen Kitas in Telgte für den Bedarf der bereits hier lebenden Familien erforderlich. Dies ist zum einen durch die Steigerung der Kinder- und Geburtenzahlen zu erklären, zum anderen aber auch durch den seit 2013 geltenden Rechtsanspruch

auf eine Betreuung ab dem ersten Lebensjahr.

Hier sind in Telgte die Bedarfe in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und liegen inzwischen bei den Einjährigen bei einer Nachfragequote von 50 Prozent, bei den Zweijährigen bei 75 Prozent und damit deutlich über dem Kreisdurchschnitt. Insofern werden diese beiden neuen Kindertagesstätten dauerhaft benötigt und decken nicht nur einen kurzfristigen Bedarf ab.

Zudem sollen sie in den bestehenden Kitas für Entlastung sorgen, da hier in den letzten Jahren Überbelegungen in fast allen Gruppen an der Tagesordnung sind und dies für die betroffenen Kinder und Erzieher*innen nicht länger zumutbar ist. Weitere Entwicklungsnotwendigkeiten sind mittelfristig nicht ausgeschlossen.

Kita-Standort Georg-Muche-Straße

Anders als die von den Anwohner*innen beauftragten Gutachter bewerten wir die ökologischen Auswirkungen des Projektes im Zusammenhang mit der städtebaulichen

Gesamtentwicklung im Telgter Süden. Auf der eigentlichen Fläche des Kita-Standortes hat sich keine relevante Brutvogel- oder Amphibienart gefunden. Die Vogelarten, die genannt wurden, können höchstens als Nahrungsgäste angesehen werden.

Die Anlieger fordern, diese Fläche langfristig zu erhalten, auch wenn sie zukünftig mitten im Siedlungsgebiet liegen und damit ihre ökologische Funktion weitgehend einbüßen wird. Auch als Nahrungsbiotop wird kein

Habicht, keine Wiesenweiche und auch kein Steinkauz diese Fläche nutzen, wenn sie zukünftig von Gebäuden umgeben ist.

Entsprechend kommen wir zu dem Schluss, dass ein erneuter Ausgleich für diese Fläche, angelegt im Zusammenhang mit einem größeren Biotop, auf Dauer einen höheren ökologischen Wert erzeugt.

Wir GRÜNE sind durchaus der Auffassung, dass in einer geordneten Stadtplanung, die auf Nachhaltigkeit setzt, wohnungsnah Grünflächen besonders wichtig sind. Unabhängig von dem Kita-Standort sehen wir in dem aktuellen Entwicklungskonzept für den Telgter Süden diese Vorgabe aber als gegeben an, auch wenn die städtische Grünlandbrache überbaut wird.

Als zweiten Aspekt führen die als Anwohner*innen die zukünftige verkehrliche Situation auf der bestehenden Georg-Muche-Straße an.

Von Beginn an war allen Beteiligten klar, dass dies nicht unproblematisch ist. Grundlage zur Beurteilung solcher Lösungen sind für

uns letztendlich die Aussagen von Fachbüros und der zuständigen Stellen. Wir halten uns hier an die Aussagen des Verkehrsamtes des Kreises Warendorf, das der Zufahrt über die bestehende Georg-Muche-Straße zugestimmt hat – übrigens im Gegensatz zu anderen geprüften Standorten.

Wir halten dieses Provisorium für notwendig, bis eine Zufahrt von Süden möglich ist. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes „Telgte Süd“ sind wir hier auf einem guten Weg.

In der Abwägung aller Aspekte (hier die notwendigen Kita-Plätze – da die zeitlich begrenzten verkehrlichen Beeinträchtigungen der Anlieger) entscheiden wir GRÜNE uns für die Kita-Plätze, um die frühkindliche Betreuung für junge Familien in Telgte sicherzustellen. Eine sachliche Diskussion ist uns für diese Diskussion wichtig – das bedeutet, die geplante Situation auch nicht unnötig zu dramatisieren: Wir gehen erstmal davon aus, von gegenseitiger Rücksichtnahme aus und nicht von aggressiv fahrenden Elternteilen oder Anwohner*innen.

Um stadtplanerische und soziale Entwicklungen in Telgte möglich zu machen, sind auch an anderen Stellen zeitweise Belastungen für Anlieger*innen immer wieder unumgänglich, wie zum Beispiel in der Altstadt durch Baustellenlärm und erschwerten Zugang zu den Geschäften bei der Neupflasterung des Marktplatzes oder in der westlichen Altstadt durch den notwendigen Bau eines Kreisverkehrs im Orkotten. Ziel der GRÜNEN wird es immer sein, diese Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Eine eindeutige Positionierung für die Kita hätten wir uns allerdings von CDU und FDP erwartet. Enthaltungen ohne umsetzbare Alternativen sind für uns praktisch Entscheidungen gegen den dringenden Betreuungsbedarf der Familien.

k.m.

Tischlerei + Bodenlegebetrieb + Fachbetrieb Dämmtechnik

**Röwekamp
& Stumpe**



Tel.: 02582 / 66 88 23
www.roewekamp-stumpe.de

Umwandlung der Bekenntnisschulen in Telgte?

Drei der vier Grundschulen in Telgte sind katholische Bekenntnisschulen. Ist das noch zeitgemäß? Die Ratsfraktion der GRÜNEN möchte dieses Thema zur Diskussion stellen.

Die Grundschulen in Telgte sind gut gefüllt. Während vor wenigen Jahren noch diskutiert wurde, ob die vier Grundschulen überhaupt zweizügig erhalten bleiben können, wird die St-Christophorus-Schule in Westbevern noch in diesem Jahr erweitert. Und über die Verteilung der Schulanfänger*innen in der Kernstadt muss gründlich nachgedacht werden. Denn hier bekommen in den letzten Jahren nicht mehr alle Erstklässler*innen einen Platz in ihrer Wunsch-Grundschule. Sie werden gleichmäßig auf alle Schulen verteilt, so dass in allen Eingangsklassen etwa gleich viele Kinder sind. Aktuell haben katholische Kinder dann Vorrang vor anderen. Das wirft in der Konsequenz die Frage auf, ob die Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden sollten,

damit alle Schülerinnen und Schüler die gleiche Zugangsberechtigung bekommen. „Auch Telgte ist bunter geworden. Eine Gemeinschaftsschule bietet mehr Vielfalt für verschiedene Religionsgemeinschaften, da z.B. katholischer und evangelischer Religionsunterricht angeboten wird.“ sagt Sabine Grohnert, Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion. Britta Sporket, Vorsitzende des Schulausschusses, weist darauf, dass auch die Bekenntnisschulen in öffentlicher Trägerschaft sind und

entsprechend zu 100 Prozent von der Stadt und dem Land NRW finanziert werden.

„Wir können das Thema anstoßen“, so Sporket, „entscheiden müssen aber die Eltern der Schülerinnen und Schüler. Das Schulgesetz gibt dem Schulträger, der Stadt Telgte also, das Recht, eine Abstimmung zu veranlassen. Wir wollen diese Möglichkeit in den Gremien der Stadt beraten.“

Wir möchten auch Sie als Eltern über das Für und Wider von Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen infor-

mieren und mit Ihnen diskutieren. Die GRÜNEN bieten dazu am 16. Mai um 16.30 Uhr eine Diskussionsveranstaltung mit Kinderbetreuung im Bürgerhaus an.

g.k., k.m.



Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen

Es geht aufwärts mit der Eurobahn! Das sagen zumindest die Zahlen, die der Nahverkehrsverband Westfalen-Lippe (NWL) Ende März vorlegte. Die im gesamten deutschen Verkehrsnetz durch die Eurobahn selbst verschuldeten Ausfälle sanken von 2,8 Prozent im Januar 2018 auf 0,3 Prozent im März 2018. Absolut bedeutet dies, dass statt sieben Fahrten nur noch etwa eine Fahrt pro Tag ausfällt.

Auch bei der Fahrgastinformation wurde deutlich nachgebessert. Auf der Homepage von Keolis, dem Mutterkonzern der Euro-

| Zeit | Zug |
|-------|---------------------------------|
| 19:32 | RB67 |
| 19:32 | RB67 - Zug fällt heute aus - |
| 20:32 | RB67 |

bahn, wurde ein Echtzeit-Abfahrtsmonitor für alle Linien eingerichtet. Des Weiteren gibt es nunmehr eine kostenlose Hotline, die Informationen zu Verspätungen oder Ersatzverkehr bereithält.

Und es soll sogar schon vorgekommen sein, dass es Durchsagen am Bahnsteig gegeben hat. Diese erfolgten allerdings nur durch den Lautsprecher an der Info-Steile und nicht durch die der deutschen Bahn. Auch

sind die Informationen auf dem Monitor der DB nicht immer abrufbar.

Das bereitgestellte Platzangebot ist weiterhin ein Sorgenkind auf der Linie RB66, die in Vadrup hält. Fanden im Februar bis zu 50 Fahrten an einem Tag mit vermindertem Platzangebot statt, so waren es im März mit bis zu 30 Fahrten schon weniger. Außerdem, so der NWL, beschränkten sich die verminderten Kapazitäten

auf die Nebenverkehrszeiten, so dass die meisten Fahrgäste in der Hauptverkehrszeit die Probleme nicht zu spüren bekamen.

Bei dem Thema „teilweise Fahrpreiserstattung“ agiert Keolis nach Kenntnis des NWL in der Regel kundenfreundlich. Auf Nachweis werde den Zeitkarteninhaber*innen überwiegend ein halber Monatsbeitrag für das entsprechende Abo erstattet.

m.h.

Um acht ist Schluss!

CDU und SPD haben beschlossen, dass Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse verbindlich auf drei Zeitstunden begrenzt werden sollen.

In Zukunft ist in der Regel also spätestens um 20 Uhr Feierabend im Rat und seinen Ausschüssen, die meist um 17 Uhr beginnen. Ausnahmen von dieser Regel können nur mit einer einfachen Mehrheit in der jeweiligen Sitzung beschlossen werden.

Zur Argumentation wird herangeführt, dass viele der ehrenamtlichen Rats- und Ausschussmitglieder schon einen langen Arbeitstag hinter sich haben, was sicherlich richtig ist.

Doch haben auch die Bürger*innen einen Anspruch darauf, ihre Anliegen ent-

schieden zu bekommen - sei es konkret bei Bauanträgen oder Abweichungsanträgen oder aber abstrakter darin, dass ausreichen KiTa-Plätze geschaffen oder Baugrundstücke ausgewiesen werden.

Grundsätzlich sind sich alle Fraktionen darin einig, dass die Sitzungen effizienter gestaltet werden könnten. Insbesondere der Bauausschuss hat oftmals eine volle Tagesordnung, und trotz guter Sitzungsleitung dauern die Sitzungen teilweise über 20 Uhr hinaus.

Mit der neuen Regelung, die noch vom Rat in die Geschäftsordnung aufgenommen werden muss, werden aber zwar die Symptome, aber nicht die Ursachen bekämpft. Das Selbstverständnis der Politik, das sich in den vergangenen 10 Jahren

drastisch verändert hat, dürfte eine große Ursache für die teils langen Sitzungen haben. So werden in vereinzelt Ausschüssen Fragen diskutiert, die weit in das laufende Geschäft der Verwaltung reichen.

Die Politik hat die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren und durch Beschlüsse die Richtung, in die diese arbeiten soll, vorzugeben. Politik hat aber in der Regel nicht die Aufgabe, über kleinste Details zu diskutieren und zahlreiche Detailfragen zu stellen, die auch in der Vorbereitung auf die Sitzung schon hätten gestellt und beantwortet werden können und die für die Beschlussfassung nicht unbedingt essentiell wichtig sind.

Auch könnte sicherlich der ein oder andere Redebeitrag

etwas gestrafft werden, aber Politik lebt nun mal von Diskussion und dem offen ausgetragenen Meinungsstreit.

Statt eine starre Regelung zu treffen, unter der in Zukunft vielleicht die Anliegen der Telgter*innen zu leiden haben, sollte lieber der Ver-

waltung ein wenig Spielraum gelassen werden und versucht werden, Detailfragen schon im Vorfeld zu klären. Würde es dann doch einmal eine lange Sitzung geben, könnten mit der Geschäftsordnung auch einzelne Themen vertagt werden.

m.h.



Es gibt ein Leben außerhalb der Schule

Antrag für ein außerschulisches Bildungsforum

Bildung ist mehr als Schule – so viel ist schon seit längerem klar.

Angebote von außerschulischer Bildung fangen bei Jugendverbänden und Sportvereinen an und hören bei der Stadtbücherei noch nicht auf. Unser Eindruck ist aber, dass diese – häufig ehrenamtlich organisierten Angebote – wenig miteinander verbunden sind. Jede Initiative interessiert sich dabei für die gleiche Zielgruppe: die Kinder und Jugendlichen, denen man ein attraktives Angebot machen möchte.

Durch die Zunahme von Ganztagsangeboten in Grundschulen und an weiterführenden Schulen sowie längere Unterrichtszeiten

werden aber die Zeitfenster, in denen Kinder und Jugendliche selbstbestimmt ihre Freizeit gestalten können, immer geringer. Dennoch möchten sie Angebote von Sport, Spiel und Jugendarbeit nutzen und sich vielleicht ehrenamtlich engagieren.

Diese Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen werden als sehr wertvoll angesehen und fördern nicht nur das zensurenfreie Miteinander, sondern auch die persönliche Werteentwicklung. Zudem unterstützen solche Angebote die Mitwirkung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen am alltäglichen Leben in unserer Stadt. Häufig müssen sie sich aber schulischen

Interessen unterordnen; beispielsweise gibt es nur wenige Verbindungen zum Lernort Schule. Wir denken, dass das „Vormittags- und Nachmittags-Leben“ der Kinder und Jugendlichen besser verknüpft werden sollte.

Dazu müssten – in einem ersten Schritt – diese unterschiedlichen außerschulischen Bildungsangebote in Telgte besser wahrgenommen werden. Daher stellen wir zum Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales den Antrag, sie mehr miteinander in Kontakt zu bringen. Wir möchten die Verwaltung bitten, im zweiten Halbjahr 2018 ein Bildungsforum zu organisieren, das Träger und Anbieter

außerschulischer Bildungs- und Freizeitangebote zum Austausch und gemeinsamer Strategieentwicklung einlädt.

Dabei sollen sich die Aktiven besser kennen lernen und ihre aktuellen Erfahrungen mit „freien Zeiten“ bei Kindern und Jugendlichen austauschen. Idealerweise entstehen so erste Ideen für ein gemeinsames Auftreten.

Nicht zuletzt ist auch eine Kooperation mit den Schulen in diesen Fragen notwendig. Der neue Erlass zur Offenen Ganztagsgrundschule ermöglicht beispielsweise ab dem kommenden Schuljahr eine flexiblere Teilnahme, damit Kinder solche Ange-

bote wahrnehmen können.

Themen dieses Bildungsforums könnten zum Beispiel sein, welche Entwicklungen die Träger bezüglich ehrenamtlich tätiger Gruppen – und Übungsleiter*innen beobachten.

Oder man sammelt Ideen, wie eine bessere Abstimmung untereinander und in Kooperation mit den Schulen für gemeinsame Räumlichkeiten (etwa Turnhallen) organisiert werden könnte. Nicht zuletzt möchten wir auch wissen, ob es Unterstützungs- oder Veränderungswünsche an die Verwaltung und Politik gibt.

k.m.

Zeitzeuge gesichert

Telgter Rathaus unter Schutz gestellt

In der letzten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses wurde unser Rathaus unter Denkmalschutz gestellt. Bereits in einer früheren Sitzung hatte die Stadtverwaltung das Gutachten der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur erläutert, in dem die Unterschutzstellung zu einem Denkmal begründet wurde.

Spannend war die geschichtliche Herleitung. Anfang der 1970er Jahre haben sich der damalige Rat mit dem Bürgermeister Günter Karthaus und der damalige Stadtdirektor Johannes Melchers intensiv mit den Fragen der Funktion und Gestaltung eines neuen Rathauses auseinandergesetzt. Es wurde ein

Architekturwettbewerb ausgeschrieben und ein spezieller Ratsausschuss gebildet. Auf mehreren Reisen zu neu gebauten Rathäusern hatten sich diese Ratsmitglieder intensiv in die Materie eingearbeitet. Dies führte dazu, dass sich der Ratsausschuss auch später intensiv in die konkrete Planung des Rathauses eingemischt hat, z.B. bei der Diskussion den Sitzungssaal zur Straße hin zu verlegen.

Dieser intensive Planungsprozess macht deutlich, dass es sich nicht um eine Kopie des Greverer Rathauses handelt, wie manche Leserbriefschreiber in der WN meinen. Hier wurde ein Rathaus speziell für die Telgter Bedürfnisse errichtet, natürlich im



Die prägnante Fassade des Sitzungssaales öffnet sich zur Stadt.

Bild: b.s.

Stil der Zeit. Dieses Rathaus funktioniert auch heute noch außerordentlich gut und die Mitarbeiter*innen fühlen sich dort wohl.

Das Rathaus mit den sichtbaren Betonfassaden ist in dieser Form ein Solitär am Rand der Altstadt und liegt prominent an der Ems. Die Grünen haben für die Unterschutzstellung gestimmt, weil das Gebäude eine sehr durchdachte Architektur aufweist, weil es ein anschauliches Zeugnis der Bauweise in den 70er Jahren ist und

weil es städtebaulich an diese damals neue Baßfeldstraße passt, die dem südlichen Teil der Altstadt in den 1980er Jahren ein neues Gesicht gegeben hat. Für Besucher und Auswärtige ist das Rathaus prägnant und sofort erkennbar. Außerdem fühlen wir uns auch als Fraktion in diesem Gebäude mit den schönen Holzvertäfelungen sehr wohl.

Damit ist natürlich auch das Thema „Abriss“ vom Tisch und das ist auch gut so. Jede*r, der/die ein Haus

besitzt, weiß, dass alle Jahre wieder Instandsetzungsmaßnahmen notwendig sind. Das Rathaus abzureißen und nach 40 Jahren schon wieder ein neues zu bauen, wie es einige Leserbriefe forderten, ist weder ökologisch vertretbar und wirtschaftlich nachhaltig.

Die Grünen werden sich für eine denkmalgerechte, energieeffiziente, gestaltbewahrende Instandsetzung des Telgter Rathauses einsetzen.

u.w.



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Im wilden Mann

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/6 92 34 90

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag



Liebe Telgterinnen und Telgter,

Radfahren ist nicht nur eine Art der Fortbewegung – Radfahren ist im Grunde auch ein Lebensgefühl.

Wer bewusst das Fahrrad nutzt und hin- und wieder das Auto in der Garage lässt, tut etwas für die Umwelt und natürlich auch für das eigene Wohlergehen und die

Gesundheit. Radfahren bedeutet ein kleines Stück Autonomie und Entspannung im durchgetakteten Alltag, bedeutet Bewegung an der frischen Luft, bedeutet Sport oder Freizeit, bedeutet aber auch den Weg von und zur Arbeit relaxt zurückzulegen – so lange die Wege nicht zu

weit sind, der Asphalt nicht zu schlecht und der Drahtesel nicht gerade platt ist.

Deshalb möchte die Stadt Telgte die Infrastruktur für Radfahrer/innen schrittweise verbessern und Anreize schaffen, in einer „Stadt der kurzen Wege“ möglichst häufig das Fahrrad zu nutzen.

Eine Reihe von Maßnahmen wurde bereits umgesetzt, weitere sind aktuell in der Vorbereitung wie etwa die Erneuerung des Geh- und Radweges an der Wolbecker Straße oder eine Aufhebung der Radwegebernutzungspflicht an bestimmten Straßen unserer Stadt.

Ein weiteres Thema ist die Planung und Realisierung von alltagstauglichen Velorouten, die für Radfahrer/innen schnelle und gut ausgebaute Verbindungen von und nach Münster gewährleisten. Das Ziel ist die deutliche Erhöhung des Radverkehrsanteils für den Weg zur Arbeit wie auch für Freizeit und Tourismus. Neben den gesundheitsfördernden Aspekten sind die Themen Elektromobilität (E-Bikes, Pedelecs), Ressourcenschonung und die Einbindung der Radverbindungen in das Netz von Bussen und Bahnen angesprochen.

Ein erster Schritt für diese erste Veloroute in der Stadtregion Münster ist der Lückenschluss der Radwege-

verbindung in der Galgheide zwischen Jägerhaus und dem Institut der Feuerwehr. Die Förderung dieses Ausbaus wurde bereits bewilligt, die Haushaltsmittel hat der Rat zur Verfügung gestellt, und die Ausschreibung der Baumaßnahme ist in Arbeit. Damit diese gute und schnelle Radwegeverbindung Münster – Telgte oder Telgte – Münster attraktiver wird, sollen bestimmte Baustandards, eine durchgehende Markierung und Beschilderung und andere Aspekte gewährleistet werden.

Für den alltäglichen Weg zur Arbeit, für den Fahrradausflug oder für den Radtourismus sollen die künftigen Velorouten in der Stadtregion Münster eine neue und spürbare Qualität bieten. Radfahren soll so noch mehr Spaß machen, denn Radfahren ist tatsächlich auch ein Lebensgefühl.

Ihr
wolfgang pieper

Verkleinerung des Rates abgelehnt

Anfang des Jahres hätte der Rat beschließen können, die Gesamtzahl der Ratsitze ab der Kommunalwahl 2020 von 32 auf 30 oder 28 zu verringern. Die Landesregierung hatte diese Möglichkeit einmalig für Kommunen eröffnet, deren Räte bereits auf die Mindestzahl an Sitzen reduziert sind, wie eben zum Beispiel in Telgte.

Die Hintergründe sind, dass es für die Parteien im-

mer schwieriger wird, genügend Kandidat*innen zu finden und dass ein kleinerer Rat natürlich geringere Kosten verursacht.

Die Fraktionen in Telgte haben sich einstimmig dagegen ausgesprochen, die Grüne Fraktion hatte dafür drei Gründe:

Der erste, rein logisch, weil Wahlergebnisse natürlich bei geringerer Zahl von Ratsmitgliedern unge-

nauer abgebildet werden. Wesentlicher ist aber, dass die Arbeitsbelastungen und vor allem die Kompetenzen auf weniger Schultern verteilt werden. Jede Fraktion braucht für Haushaltsrecht, Bauleitplanung, Schul- und Betreuungsangelegenheiten und Vieles mehr Fachleute, die sich auskennen, um Vorgänge wirklich begleiten und einordnen zu können. Wenn die Fraktionen kleiner wer-

Ritterstraße gegenläufig geöffnet

Die Freigabe der Ritterstraße zwischen Feuerwehrgerätehaus und Bahnhofstraße für den gegenläufigen Verkehr führt nach einer ersten Einschätzung der Verwaltung bisher nicht zu einer deutlichen Zunahme des Verkehrs. Die Situation der Verkehrsbelastung und die

Frage, ob gegebenenfalls etwas korrigiert werden muss, wird allerdings weiterhin beobachtet. Da der Voßhof bis Ende August wegen Bauarbeiten für den Verkehr gesperrt ist, könnte die Verkehrsbelastung auf der Ritterstraße zunehmen.

m.h.

den, wird die Spezialisierung schwieriger.

Und – last but not least – der Rat vertritt die Bürge-

rinnen und Bürger und mit weniger Ratsleuten stehen auch weniger Ansprechpartner*innen zu Verfügung.

g.k.

Trinkwasser in Telgte

Dropje voor dropje - kwaliteit

Großes Lob an die Stadtwerke ETO! Das Trinkwasser in Telgte hat eine hervorragende Qualität und bleibt bei sämtlichen Schadstoffen weit unterhalb der Grenzwerte. Auch bei Nitrit (<0,01 mg/l, Grenzwert: 0,5) und Nitrat (6,4 mg/l, Grenzwert: 50).

Auf Pöggskén-Nachfra-

ge zu Glyphosat führten die Stadtwerke extra eine Probe durch, in der kein Glyphosat und ebenso wenig das Abbauprodukt Metabolit gefunden wurde. Die ETO nimmt die Stoffe ab sofort in ihre regelmäßigen Untersuchungen auf.

Auch die Transparenz lässt nichts zu wünschen übrig.

Die Untersuchungsergebnisse werden auf der Homepage der ETO veröffentlicht. Der zuständige Mitarbeiter, Herr Mölleken, meldete sich zwei Mal von selbst zurück, um die Ergebnisse mitzuteilen.

Wirklich toll, weiter so!

g.k.

Möbel für Anspruchsvolle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

| | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> Exklusiver Innenausbau Einbaumöbel Fenster und Türen Massivholzmöbel | <ul style="list-style-type: none"> Küchen- und Badmöbel Schiebetürsysteme Restaurierung Sonderanfertigungen |
|---|---|

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Weniger ist mehr

Informationsveranstaltung zur Schließung der Bahnübergänge

Es war schon eine mit Bahn- und Straßenbau-Prominenz gespickte Versammlung am 15. Februar 2018 im Rathaus zu Telgte. Möglicherweise deshalb schien „ganz Raestrup“ vertreten zu sein.

Der Bürgermeister hatte gerufen und wichtige Neuigkeiten für die Personenbeförderung der Bürgerinnen und Bürger zu verkünden. Für die Deutsche Bahn, Bereich „Netze“, war Herr Göldner vertreten, der die Neuerungen aus Sicht der Bahn erläuterte:

Die Strecke Münster – Rheda-Wiedenbrück hatte im Jahre 2005 21 technisch gesicherte und 58 nicht gesicherte Bahnübergänge. Als Ziel sollen 27 technisch gesicherte Bahnübergänge geschaffen werden. Auf Telgter Gebiet sollen von 22 Übergängen in Richtung Warendorf drei bleiben. Ein Halbstunden-Takt auf der Bahnlinie von Rheda-Wiedenbrück über Warendorf nach Münster wäre damit greifbar nahe, und zwar ab dem Jahr 2023. Dann können die Züge rund 80 km/h fahren.

Die damit einhergehende Verbesserung der Erreichbarkeit der Oberzentren Bie-

im Westen könnte den motorisierten Individualverkehr reduzieren. Ob der geplante dreispurige Ausbau der B64n damit obsolet würde, ist jedoch umstritten.

ten, zwei davon mit sieben Meter Höhengenaufbau und einer 54 Meter langen Rampe. Wegen eines unverhältnismäßig hohen Flächenverbrauchs von etwa einem

Abbiegespuren in Richtung Everswinkel und in Richtung Kapelle optimiert.

Eine exakte Lärmprognose für den künftigen Knotenpunkt liegt noch nicht vor;

öffentliche Wege ersetzen, abgebundenen Wege.

Einige Bürger*innen sehen die Verschwenkung der Kreisstraße 19 und den geplanten Ort der Anbindung an die B64 kritisch. Sie befürworteten eine Verschwenkung, die erst kurz vor den Bahnschienen in Richtung Westen verlief.

Andere Anwohner*innen befürchten einen Rückstau auf der Bundesstraße, da die geplanten Abbiegespuren zu kurz seien. Darüber wird ein Verkehrsgutachten entscheiden.

Ein vorgeschlagener Kreisverkehr wurde von Herrn Göldner als „nicht von der Bahn akzeptiert“ verworfen: Bundesstraße und Kreisverkehr schließen sich praktisch aus.

Die jetzige Bushaltestelle wird ersetzt durch eine neue im Bereich der Kreuzung. Der Alte Münsterweg wird nicht ausgebaut, damit er nicht zu viele LKWs und PKWs anzieht. Auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den rückwärtigen Wegen wird verzichtet, weil Kontrollen nicht wirksam umzusetzen wären.

Eine gute Nachricht: Die Reduzierung von Übergängen auf dem Gebiet der Nachbarstadt Warendorf wird derzeit parallel betrieben, so dass die Verbindung im Halbstunden-Takt mittelfristig realisiert werden kann.

b. d.



Visualisierung des zukünftigen Bahnüberganges in Raestrup.

Quelle: DB-Netz AG

Der Reihe nach:

1) Der Bahnübergang in Höhe Haus Droste wird gesichert - noch in diesem Jahr! Drei nicht gesicherte Bahnübergänge entfallen.

2) An der Kreisstraße 50 in Höhe „Wallfahrt“ gibt es bisher sechs Bahnübergänge. Ein technisch gesicherter wird bleiben. Das Genehmigungsverfahren läuft derzeit. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung wird in Kürze erwartet. Danach werden die Unterlagen im Rathaus offengelegt, damit alle Bürger*innen sie einsehen können. In 2020 wird gebaut!

3) Für die Anbindung „Hegemann“ gab es drei Vari-

anten verworfen. Die Variante drei wird umgesetzt, bei der es keine Brücke und keinen Bahnübergang mehr gibt. Die Höfe werden über Ersatzwege an die Übergänge östlich und westlich angeschlossen. In 2022 rollen die Bagger an!

4) Erheblichen Diskussionsbedarf gab es bei der Vorstellung des neuen gesicherten Übergangs Raestrup. Die aus Everswinkel kommende Kreisstraße 19 wird aus Gründen der Verkehrssicherheit in Richtung der Kraftfahrerkapelle verschwenkt. Der Verkehrs-„fluss“ wird durch eine Kreuzung mit

sie wird aber während der konkreten Planungsphase für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Das Genehmigungsverfahren ist eingeleitet. Die Erstellung kann ab 2021 erfolgen!

Deutsche Bahn und das Land Nordrhein-Westfalen zahlen rund 100.000 Euro für die neu zu bauenden „rückwärtigen Wege“, die die bisherigen „Privat-Bahnübergänge“ ersetzen.

Diese werden Teil des vom Rat der Stadt beschlossenen „ländlichen Wegekonzepts“. Betroffene Landwirte erhalten eine Umwege-Erschädigung für die von ihnen bisher benutzten, künftig durch

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte
Fahrräder 2018

GREENS - Westminster
3-Gang Nabendynamo



Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder

VOGT

48291 Telgte · Ritterstraße 47

Tel. 0 25 04 / 21 96 · Fax 0 25 04 / 77 377

Geänderte Geschäftszeiten
Di, Do + Fr 9.00- 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr. fragen Sie uns

Zimmerel · Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte

Ratsfraktion & Ortsverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.700 Stück

Anschrift: Peter Spieker

Waldweg 27

48291 Telgte

V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:

Bernhard Drestomark, Marian

Husmann, Gerd Klünder, Katja

Müller, Peter Spieker, Valerie

Kelling, Tatjana Scharfe, Udo

Woltering



Mobilität neu denken

ÖPNV braucht Vernetzung

Der Rat der Stadt Münster hat auf Antrag der CDU Münster und der GRÜNEN Münster einen „Masterplan für eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur“ in Auftrag gegeben. Es sollen die Mobilität gefördert und verkehrsbezogene Belastungen reduziert werden.

Im Fokus stehen hierbei die zahlreichen Pendler*innen, die täglich auch von Telgte aus in unsere Nachbarstadt einpendeln. Um die Belastungen zu reduzieren, soll der Umstieg von PKW auf andere Verkehrsmittel attraktiv gemacht werden. Es gibt Pläne, den Zug von Telgte z.B. nach Gremmendorf/Wolbeck weiterfahren zu las-

sen und den Haltepunkt in Handorf zu reaktivieren. Ein zweiter Ring für Fahrräder soll, vernetzt mit Velorouten, das Rad als Verkehrsmittel noch attraktiver machen. Carsharing soll ausgebaut, das Bussystem verbessert werden und viele andere kleine Projekte sollen angegangen werden.

Doch ob das reicht die Belastungen in Münster zu reduzieren ist fraglich. Viele der Projekte sind sicherlich gut und richtig, aber Mobilität beginnt am Quellort und endet am Zielort. Mobilität muss daher als ganzheitlicher Vorgang begriffen werden. Wer einmal im Auto sitzt, der wird nicht unbedingt in

Handorf oder gar am Telgter Bahnhof in den Zug nach Münster umsteigen.

Wer in Münster vom Bahnhof noch eine halbe Stunde mit dem Bus nach Gievenbeck oder Kinderhaus fahren muss, der wird wahrscheinlich direkt mit dem Auto fahren. Wer auch zu frühen oder späten Stunden in Münster arbeiten muss, der kann überhaupt nicht auf den ÖPNV zurückgreifen. Wer nach Everswinkel oder Wolbeck oder Greven will, ist dort mit dem Auto deutlich schneller, als wenn er über Münster fährt.

Die Herausforderungen der Mobilität mit ihren Belastungen werden also nicht

nur in Münster, sondern auch im Umland gelöst. Wer morgens im Zug den Stau auf der B51 überholt, der weiß das wahrscheinlich. Wer morgens mit dem Bus im Stau steht, der weiß das auch, aber wohnt nicht nahe genug am Bahnhof oder muss nicht in die Münsteraner Innenstadt, sondern zum Franziskus Hospital oder zur Danziger Freiheit.

Wer morgens mit dem Auto im Stau steht, der muss wahrscheinlich nicht in die Innenstadt, sondern in einen der zahlreichen Stadtteile, zu denen er mit dem Bus in Münster noch einmal länger unterwegs ist.

Die große Aufgabe ist es



also, Mobilität da, wo es geht, möglichst schnell zu machen, Mobilität zuverlässig zu gestalten und Mobilität preiswert zu gestalten, so dass jede*r sie sich leisten kann.

Die Menschen müssen möglichst in der Nähe ihres Startortes abgeholt werden und möglichst nah zum Zielort gebracht werden. Die Kombination und Vernetzung der verschiedensten Verkehrsmittel von Bus, Zug, Rad und Carsharing muss gefördert werden.

m.h.

Telgte blüht auf

Telgte hat seit Oktober 2017 einen neuen Verein "NATURnah unser Garten in Telgte e.V.". Alle Mitglieder eint das gleiche Ziel: die Verwandlung brachliegender städtischer Flächen in naturnahe Gärten. Telgte wird blühen!

Wo befindet sich denn Euer bzw. UNSER erster öffentlicher Garten?

NATURnah: Das erste Grundstück an der Beethovenstraße Höhe Hausnummer 23-27, war vor vielen Jahren ein Spielplatz mit Geräten aus Metallkonstruktionen. Viele Jahre blieb der Spielplatz ungenutzt, da die Kinder dieser Gegend inzwischen aus dem Spielplatzalter herausgewachsen waren. Die Stadt säte zur Vereinfachung eine Rasenfläche ein.

Welche Pläne habt Ihr? Es ist ja das erste Grundstück, dass die Stadt dem Verein gern zur Verfügung stellt und quasi Euer Aushängeschild werden wird.

NATURnah: Unsere Ideen sprudeln fleißig und wir schauen, was gut zu dieser Fläche passt. Wir wollen dieses erste Vereins-Grundstück in einen erlebnis- und erfahrungsreichen Schatz verwandeln. Dafür teilten wir die Fläche in drei unterschied-

liche Bereiche: Staudenbeete fürs Auge und für die Artenvielfalt der Kleinsttiere, ein Mandala-Beet-Bereich aus Kräutern, Gemüse, Blumen und Co. sowie ein naturnaher Spiel- und Erholungsbeereich.



Der Anfang ist geschafft - bald soll alles grünen und blühen.

Was ist denn das Besondere Eures Konzeptes? Der Vereinsname verspricht schon Besonderes.

NATURnah: Wir legen besonderen Wert auf ein Miteinander von Tier, Pflanze und Mensch. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir überwiegend einheimische Pflanzen ansiedeln möchten. Der Verzicht auf synthetische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel bedeutet uns viel. Umso wichtiger ist es,

beim Pflanzen auf Vielfalt und Ausgewogenheit der Nährstoffbedarfe und Bodenansprüche der Kulturen zu achten. Thema Mischkultur und Fruchtfolgen sind Aspekte, die selbstverständlich sind für uns. Es soll eben

die Natur gestalten. Dafür die Brachflächen des Stadtgebietes zu nutzen und dadurch zahlreiche Oasen in der Stadtlandschaft zu erschaffen, ist unser Plan und auch ein echter Traum für uns. Wir möchten altes Pflanzenwissen erhalten und weitergeben - an alle Neugierigen und unsere Kinder. Zum Beispiel das ein „Unkraut“ wie es oft bezeichnet wird keins ist, sondern ein Wildkraut mit großer Wirkung und Nützlichkeit, wenn wir mehr darüber wissen.

Wir wollen aufzeigen, wie die Kreisläufe zusammenhängen. Mit Kleinst-Lebewesen beginnt schließlich unsere eigene Nahrungskette bzw. ein Kreislauf. Sie sind so nützlich und leider durch die Anwendung von ungeeigneten Garten- und Landwirtschafts-„Hilfsmitteln“ so rar geworden. Viele, viele Pflanzen und Tiere stehen mittlerweile auf der Roten Liste. Wir finden, dass es sehr sichtbar ist, dass es weniger dieser Tiere gibt. Wenn wir die Natur nicht bewusst beobachten, bemerken wir es vielleicht noch nicht, doch das Ausmaß ist immens, selbst die Wissenschaft ist besorgt. Dass der Verein bei uns Grünen damit offene Türen

ein natürlicher Wohlfühlgarten für Tier, Pflanze und Mensch entstehen, der gehegt und gepflegt wird. **Habt Ihr eine Vision? Was sind Eure Ziele und Absichten?**

NATURnah: Wir haben viele Visionen und möchten heute nur ein paar nennen, wie den Erhalt von Mutter Erde und ihrer hier einheimischen Pflanzen und Kleinst-Tiere. Unser Verein möchte aktiv und bewusst

einrennt, ist sicherlich bekannt. In unseren Ausgaben haben wir mehrfach auf diese Problematik hingewiesen. Umso erfreulicher, dass Ihr in Telgte endlich handelt und hoffentlich durch Eure Initiative viele neue Denkanstöße und Impulse zum Selbermachen gebt.

NATURnah: Wir finden, es ist nie zu spät was zu tun. Und das wir dies nun direkt vor der Haustür in Telgte tun können, finden wir großartig. Dafür danken wir der Stadt für Ihr Vertrauen, dass Sie uns diese erste Fläche zur Bearbeitung zur Verfügung stellt. Des weiteren liegt uns die Aktivität in der Gemeinschaft am Herzen. Wenn Menschen zusammen etwas Sinnvolles tun, gehen sie in eine herzliche Verbindung, tauschen sich aus - über ihre Erfahrungen, Freude und auch ihr Leid. Und all das kann auf mehreren Schultern viel einfacher getragen werden, in mehr positive Kraft verwandelt werden als allein. So blühen auch wir Menschen bildlich gesehen auf. Umso wichtiger finden wir es auch, dass wir Kinder und Jugendliche wieder mehr für die Natur, die

Stoppt das Artensterben!

Grüne Artenschutzkonferenz in Münster

Am 17. März 2018 fand die sechste Grüne Artenschutzkonferenz statt, zu der die Kreisverbände BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Coesfeld, Steinfurt, Warendorf, Borken und Münster, sowie die GRÜNE Fraktion im Regionalrat Münsterland eingeladen hatten. Die Konferenz stand unter dem Thema „Was kostet uns das Artensterben?“ und richtete sich an Naturschützer*innen, Landnutzer*innen jeglicher Art wie die Landwirtschaft, Imker*innen und Jäger*innen. Dort trafen sich verschiedene Vertreter*innen aus Wissenschaft und Gesellschaft, um über die Faktenlage und vor allem die Auswirkungen dieses massiven Insektensterbens und die Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Im ersten Teil stellten die Fachleute aus der Forschung die aktuellen Ergebnisse vor und interpretierten diese anschließend. Im zweiten Teil gab es eine Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen aus Naturschutz, Kirche, Landwirtschaft, Jagd und Forschung, moderiert von Dr. Tanja Busse.

Das Münsterland ist durch seine stark durch die Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft vom Rückgang der Populationen, insbesondere von Feldvögeln und Insekten, betroffen. Um so mehr ist es erforderlich, gemeinsam mit den Landwirten nach Lösungen gegen das Artensterben zu suchen. Der Wille zur besseren Zusammenarbeit von Naturschützer*innen und Landwirten wurde von beiden Seiten auf der Veranstaltung sehr deutlich gemacht. Das Ziel der Konferenz war, politische Lösungen für den Natur- und Umweltschutz zu finden.

Hierzu wurde der nachfolgende „Münsterländer Aufruf zur Rettung der Artenvielfalt“ vorgestellt:

Handlungsempfehlungen für den sofortigen Stopp des Artensterbens

Das Insektensterben hat

2017 durch die mediale Verbreitung der Studie des Entomologischen Vereins Krefeld aus dem Jahr 2013 eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erlangt. Die Studie zeigt auf, dass die Zahl der fliegenden Insekten in den analysierten Naturschutzgebieten seit 1989 um bis zu 80 Prozent zurückgegangen ist. Insekten sind nicht nur die wichtigsten Pflanzenbestäuber, sondern regulieren auch Schädlinge und dienen



zahlreichen anderen Arten als Futter. Weniger Insekten bedeuten deshalb weniger Fische, Frösche, Eidechsen, Vögel und Säugetiere. Und so werden gerade unsere gesamten Ökosysteme irreversibel geschädigt.

Die Folgen des Artensterbens sind gravierend, denn Bienen, Wildbienen und Schmetterlinge sind unverzichtbar für die Bestäubung von Pflanzen. Seriöse Schätzungen gehen von 230 bis 570 Milliarden Dollar aus, die die Bestäuberleistung der Insekten weltweit jährlich wert ist. Bis zu 75 Prozent unserer Kulturpflanzen und bis zu 90 Prozent aller Wildpflanzen sind auf Insekten angewiesen. Rund ein Drittel aller Nahrungsmittel ist auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Und so sichern letztendlich Insekten die Welternährung. Sie zersetzen Aas, Kuhfladen und Mist und machen unseren Boden erst fruchtbar. Dazu sind Insekten auch wissenschaftlich äußerst wertvoll, da wir von deren Erforschung viel lernen können.

Aber neben diesen mehr oder weniger monetär fassbaren Auswirkungen sind auch die ideellen Folgen des endgültigen Verlustes von Arten massiv und nicht in Geld aufzuwiegen. Denn durch das Artensterben geht ein großer Teil der sich über zig Millionen Jahre entwickelten genetischen Festplatte der Erde unwiederbringlich verloren. Welche Folgen dieser Artenschwund für das ökologische Netz hat, das uns

alle trägt, ist überhaupt noch nicht absehbar.

Deshalb müssen wir sofort und gemeinsam als Gesellschaft und auch jeder Einzelne Maßnahmen gegen den Artenschwund ergreifen. Das sofortige Stoppen des Artensterbens ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss auch gesamtgesellschaftlich geleistet und finanziert werden.

Wir brauchen eine insekten- und vogelfreundlichere Gestaltung und Bewirtschaftung bei allen Flächen und von allen Flächenbesitzern - bei den Privatgärten genauso wie bei den Flächen der Kirchen, von Vereinen, in den Gewerbegebieten oder in den Kommunen sowie in der Landwirtschaft.

Am Ende der Konferenz wurde einstimmig eine gemeinsame Resolution aller Teilnehmer*innen verabschiedet, mit dem Auftrag an anwesende Mitglieder des Bundestages, diese nach Berlin zu bringen.

Die Teilnehmer*innen der Konferenz stellen

gemeinsam folgende Forderungen auf:

1. Die Ursachenerforschung des dramatischen Rückgangs der Masse und Anzahl an Insekten und Insektenarten ist deutlich auszubauen. Wir fordern die Gründung eines zentralen Instituts für Biodiversitätsforschung, welches sich um die Entwicklung der Biodiversität sowie um ein Biodiversitätsmonitoring kümmert.

2. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über den Artenrückgang, dessen Ursachen und über mögliche Handlungsoptionen ist zu intensivieren. Denn jeder Einzelne kann zum Beispiel im eigenen Garten oder über ein verändertes Konsumverhalten einen Beitrag zum Stopp des Artenrückgangs leisten.

3. Die Kenntnis ökologischer Zusammenhänge sowie naturkundliches Wissen sind die Grundlagen für einen bewussten Umgang mit der Natur. Wir fordern daher eine deutliche Stärkung dieser Themen in unseren Schulen sowie eine stärkere Integration in die landwirtschaftliche und gärtnerische Ausbildung.



4. Wir fordern mehr Förderung und Anreizsysteme für die Schaffung und den Erhalt von miteinander vernetzten insekten- und vogelfreundlichen Lebensräumen - wie beispielsweise Wildblumenwiesen, Streuobstwiesen, Hecken, artenreiches Grünland, Feuchtbiotopen für öffentliche Flächen, Privatflächen und für die Landwirtschaft - integriert in einer Lebensraumentwicklungsstrategie.

5. Eine konsequente Begrenzung der Versiegelung und der Zerschneidung von Landschaften durch eine Strategie zur Versiegelungsbegrenzung muss endlich umgesetzt werden. Damit wird das Ziel verfolgt, landwirtschaftliche Nutzflächen und Lebensräume für die Artenvielfalt zu sichern. Mittelfristig fordern wir, den Verbrauch wertvoller landwirtschaftlicher Fläche vollständig zu beenden. Die Sicherung von ausreichenden Flächen für eine nachhaltige Landwirtschaft, den Naturschutz und die Erholung ist die Schlüsselaufgabe in den nächsten Jahren. Das 5-ha-Ziel ist zeitnah in NRW umzusetzen.

6. Eine sofortige Einschränkung des Einsatzes von chemischen Pestiziden - zumindest auf allen nicht-landwirtschaftlichen Flächen (Privatgärten, öffentliche Flächen, etc.), sowie in Naturschutzgebieten - muss umgesetzt werden, so dass diese dort nur noch in Ausnahmefällen eingesetzt werden.

7. Wir fordern mehr Förderung und Anreizsysteme für eine pestizid- und stickstoffreduzierte Bewirtschaftung in der Land- und Forstwirtschaft, für die Anwendung von insekten- und vogelfreundlicheren Ackerbaumethoden und für den Einsatz von Wildpflanzen, Reststoffen und Landschaftspflegematerial - anstelle von Mais für Biogasanlagen-, sowie eine ambitionierte Pestizid- und Stickstoffreduktionsstrategie.

8. Wir wollen die Beendigung des Höfesterbens, denn die bäuerliche Landwirtschaft ist das Fundament unserer Kulturlandschaft und der heimischen Artenvielfalt.

Fazit: Vor dem Hintergrund dieser gemeinsamen Zielvorstellungen fordern wir sofortiges Handeln und ein bundesweites Insekten- und Artenschutzprogramm.

v.k.

Telgte blüht auf

Fortsetzung von Seite 7

Draußensein, das Beobachten, Verstehen und Schützen der Natur begeistern. Ein wenig Freetime von den Bildschirmen und Handys - hin zum echten (Er-)Leben. Menschen jeden Alters können erforschen, schauen was passiert mit dem Samenkorn, was sie/er in die Erde steckt, sich freuen, wenn die ersten Keimblätter ganz zart sprießen - beobachten, wie die Pflanze heranwächst, was sie zur Hege und Pflege benötigt und dadurch immer größer wird - bis im Spätsommer z.B. eine Möhre herangewachsen ist. Und dann endlich -ernten- diesen unvergleichbaren Geschmack von Frische und Echtheit schmecken, wenn man die Möhre nach dem Ernten sofort genießen kann.

Das bringt auf Dauer Selbstsicherheit, Bewusstheit, Glücksgefühle und Respekt vor allem was ist. **Ist die Vereinsfläche eigentlich öffentlich oder muss man Mitglied im Verein sein, um den Garten zu besuchen.**

NATURnah: In unserem Garten darf jede/r Interes-



sierte schauen und verweilen, wann immer es seine Zeit zulässt. Was uns wichtig ist, jeder übernimmt VERANTWORTUNG für SICH und alle SEINE HANDLUNGEN, sobald er den Garten betritt. Alles, was Sie sehen, entsteht mit ganz viel Liebe und viel freudiger Arbeit. Niemand soll dem Garten Veränderungen zufügen, die nicht abgesprochen sind. Niemand soll Abfälle hinterlassen. Ein Jeder achte bitte darauf, dass alles was hier wächst und steht, an Ort und Stelle verweilen darf.

Was könnten interessierte Telgter/-innen für den Verein tun?

NATURnah: Wenn auch Sie aktives Interesse verspü-

ren, in der Erde zu ackern, was Kreatives für das Wohl unserer Umwelt entstehen zu lassen, dann melden Sie sich gerne bei uns, wir freuen uns über weitere Mitwirkende. So können wir viele weitere Flächen in Telgte aufblühen lassen, sei es durch Wildblumenblühstreifen oder Obstwiesen, Staudenbeete und vieles mehr.

Kann man Euch auch ideell unterstützen- einfach, weil Euer Projekt toll ist?

NATURnah: Oh ja. Gern nehmen wir auch finanzielle Unterstützung an. Als gemeinnütziger Verein können wir Spendenquittungen ausstellen. Alle Spender werden auf unserer Homepage genannt, wenn sie es möchten.

Da unser Verein noch recht jung ist, sind wir über jede Spende sehr froh.

Unser Spendenkonto freut sich auf Fülle unter der IBAN: DE13 4016 0050 3505 2169 00.

Wie kann man mit dem Verein in Kontakt treten?

NATURnah: Suchen Sie den telefonischen oder schriftlichen Kontakt zum Verein, dann erreichen Sie uns beide. Wir sind die Vereinsvorsitzenden Pia Loy und Conny Austermann.

Pia Loy (1. Vorsitzende) Mobil: 0176 22 77 37 20, loy@naturnah-telgte.de

Conny Austermann (2. Vorsitzende) Mobil: 0152 09 01 89 74, austermann@naturnah-telgte.de

Ihr habt sogar schon eine Homepage!?

NATURnah: Ja. Dort findet man jede Menge Informationen über aktuelle Vorhaben und Termine. Auch viele schöne Bilder machen neugierig.

Gibt es Gelegenheiten, Euch und den Garten kennen zu lernen?

NATURnah: Am Freitag, den 04. Mai 2018, 19:30 Uhr findet ein Benefizkonzert für unseren Verein mit Anne-Marie Grage im kleinen Saal des Bürgerhauses statt. Eintritt 10 EUR. Frei nach dem Motto: erfrischend anders - lebendig, berührend, mitreißend. Und unsere Waldmeisterin bringt ein paar passende kulinarische Gaumenfreuden mit.

Dort werden einige Mitglieder anzutreffen sein. Oder Ihr kommt einfach mal zum Grundstück. Jeden ersten Samstag im Monat sind wir zum gemeinschaftlichen Ackern vor Ort.

Wir von „NATURnah unser Garten in Telgte e.V.“ wünschen allen einen warmen und sonnigen Frühling!

t.s.

Bilder: Conny Austermann

„Wir werden in ihrer Hand sein.“

Die geplante Fusion von Bayer und Monsanto und mögliche Folgen

Das neue Unternehmen wäre der weltgrößte Anbieter in der Agrarchemie. Das US-Saatgutunternehmen Monsanto ist vor allem als Hersteller von Unkrautvernichtungsmitteln mit Glyphosat bekannt, zu denen es passendes, gentechnisch verändertes Saatgut anbietet.

Die Fusion würde zu einer starken Monopolisierung des weltweiten Pestizid- und Saatgutmarktes führen. Wenn nach der EU auch die USA den Deal genehmigen, beherrschen drei Unternehmen die Ernährung der Menschheit.

So werde der Druck auf Bauern steigen, Produkte der großen Unternehmen zu kaufen, so Jutta Sundermann, Sprecherin der „Aktion Agrar“ und der Initiative „Konzernmacht be-

schränken“.

Die Konzerne könnten auch stärker die Politik beeinflussen, sodass diese zum Beispiel die Zulassung von Pflanzen erleichtert, die mit neuen Gentechnikmethoden erzeugt würden. Die Befürchtung der Landwirte ist, dass viele Sorten einfach vom Markt verschwinden, wie es in den USA und Brasilien schon geschehen ist.

Ein Beispiel aus Brasilien zeigt, wie Konzerne Bauern zwingen, ihre Produkte zu kaufen. Sojabauer Jose Oscar Dorigan hat sich mit 31 Kollegen zusammengeschlossen, um beim Kauf von Saatgut, Chemikalien und Düngemitteln zu sparen, denn ein Drittel der Produktionskosten der brasilianischen Sojabauern entfallen darauf.

„Die Konzerne versuchen,

uns ein Portfolio aufzuzwingen, das neue Wirkstoffe ebenso umfasst wie alte, die nicht mehr funktionieren“ sagt Dorigan. Statt alle drei Wochen muss er nun alle zwei Wochen seine Felder mit Pestiziden besprühen.



„Das wird sich nach der Fusion verschlimmern. Wir werden in ihrer Hand sein“.

Nicht zuletzt geht es Bayer wohl auch um die Vorherrschaft im Bereich digitale Landwirtschaft. Sundermann wies darauf hin, dass besonders Monsanto

mehrere Firmen übernommen habe, um die Digitalisierung in der Landwirtschaft voranzutreiben. Das Schlüsselement ist dabei eine Plattform für digitale Anbauempfehlungen, bei der jeder Bauer nachfragen kann und genaue Analysen und Kaufempfehlungen bekommt - eine Art Betriebssystem für die landwirtschaftliche Produktion, vernetzt mit Wettersatelliten, Stall- und Ackersensoren.

Angesichts dieser Machtkonzentration stellt sich die Frage: „Wer kontrolliert, was auf dem Acker wächst, und damit auch, was wir in Zukunft essen?“, so die Gentechnikexpertin der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Anne-Marie Volling.

GVO (Gentech-



Eine giftige

Übermacht

nisch veränderte Organismen) finden immer weniger Akzeptanz in der Gesellschaft und damit Absatz auf den Märkten. Überdies bringen sie auf Dauer nicht die von den großen Konzernen versprochenen Erträge für die Landwirte, unter anderem müssen sie immer mehr Pestizide einsetzen, weil sich Resistenzen bei den Schädlingen gebildet haben.

Umwelt- und Naturschützer*innen warnen vor einer faktischen Festlegung auf industrielle Landwirtschaft mit all ihren negativen Folgen wie Monokulturen, Klimaschädigung, Gesundheitsrisiken und Artenverlust.

v.k.

Die Geschichte vom „Schrecklichen Iwan“

Eine Wahrnehmungsstörung von Gerd Klünder

Russland und in Persona Wladimir Putin werden von den westlichen Leitmedien und großen Teilen der Politik als aggressiv und entsprechend auch als Gefahr rezipiert und dargestellt. Aus dieser Wahrnehmung resultiert eine Konfrontation, die in eine gefährliche Eskalationsspirale führt und den Frieden gefährdet.

Sinnvoller als ein solcher Reaktionsautomatismus wäre, eine politische Strategie zu verfolgen, die den Aufbau einer zuverlässigen Sicherheitsarchitektur für Europa zum Ziel hat.

Festgemacht wird das gefühlte Bedrohungspotenzial Russlands an dem Engagement in der Ukraine, der Annexion der Krim, der militärischen Unterstützung Assads und an dem Attentat auf den ehemaligen russischen Spion Skripal und seine Tochter in Großbritannien.

Besonders schwierig ist dabei die Ukrainefrage, denn dort ist ein anhalten-

der militärischer Konflikt entstanden, der mittlerweile zu geschätzten 10.000 Toten geführt hat. Fraglich ist allerdings auch, ob Russland die weitergehende Osterweiterung der EU einfach hätte ignorieren können. Bei den Verhandlungen zur Beendigung des kalten Krieges in den 1990er Jahren war diese ausdrücklich ausgeschlossen worden. Im Gegenzug hatte Russland die territoriale Integrität der ehemaligen Mitgliedsstaaten der Sowjetunion wohl garantiert, fühlt sich möglicherweise aber an diese Garantie nicht mehr gebunden, nachdem der Westen seinen Teil der Vereinbarung gebrochen hatte. Die Erfahrung zeigt auch, dass die EU immer die NATO und damit die USA im Schlepptau hat.

Eine „Annexion“ der Krim hat es nicht gegeben. Die Krim hat sich nach einer Volksabstimmung für Unabhängig erklärt und einen Aufnahmeantrag an die Republik Russland gestellt, den

Russland angenommen hat. Das ist weit entfernt von der Definition einer „Annexion“. Völkerrechtlich bedenklich war einzig, dass Russische Soldaten ihre Basis in Se-

torität zusammengebrochen wäre? Abgesehen davon, dass Putin allein Deutschland möglicherweise die Aufnahme einer weiteren Million Flüchtlinge erspart hat, bleibt



Der Kreml

wastopol verlassen und auf der Krim nach der Abstimmung Präsenz gezeigt haben. Russland hat die Abspaltung der Krim unterstützt und wer das so übersetzt, dass Russland sich die Krim gesichert oder sogar zurückgeholt hat, muss auch anerkennen, dass das fast ohne Blutvergießen geschehen ist. Während des gesamten Vorgangs hat es auf der Krim fünf Todesopfer gegeben, auf unterschiedlichen Seiten und in Einzelsituationen. Und vermieden wurde dadurch zum Glück, dass irgendwann US-Amerikanische Raketen auf der Krim stationiert werden. Das hätte eine wirklich gefährliche Situation ergeben.

Ganz schlimm ist die Zusammenarbeit mit Assad. Das wünscht man/frau ja seinem ärgsten Feind nicht, so jemandem vor laufender Kamera die Hand geben zu müssen. Offensichtlich hat Putin aber von den Fehlern der US-Amerikaner*innen gelernt, Krisenstaaten zusätzlich zu destabilisieren. Wer mag sich vorstellen, was in Syrien jetzt los wäre, wenn im Laufe der letzten Jahre auch noch die staatliche Au-

jetzt wenigstens noch die Hoffnung, dass sich die Situation in Syrien beruhigt und eine friedliche Ablösung Assads eingeleitet werden kann.

Ganz unsäglich ist allerdings der Umgang mit dem Fall „Skripal“. Wer hält denn den Russischen Geheimdienst für so unfähig, mit einem absolut tödlichen Gift an Türklinken, Parkbänken und in mehreren Restaurants rumzuschmierem und dennoch das Ziel nicht zu erreichen, nämlich einen Mann zu töten, wozu vorher reichlich Gelegenheit bestanden hätte, als der jahrelang in Russischer Haft saß? Die „Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen“, OPCW, sagt, es dauere Monate festzustellen, woher das Gift stammt. Die Regierung in London wusste schon am Tag des Anschlags, dass Russland Schuld ist und die Europäischen Noch-Bruderstaaten übten sich in Solidarität.

Die „Geschichte vom schrecklichen Iwan“ wird uns in Deutschland schon seit Jahrhunderten erzählt und stets stand dahinter das Ziel, die Bevölkerung wehrbereit zu halten. Derzeit liegt

eine Europäisch-Russische Einigung vor allem nicht im Interesse der USA, die ein funktionierendes Feindbild braucht, um ihren schuldenbasierten Wehretat von 800 Milliarden Dollar zu rechtefertigen, das zehnfache des Russischen Etats, mit dem sie jährlich ihre Wirtschaft stützt. Außerdem geriete sie auf das Abstellgleis, wenn Europa eine eigene und funktionierende Sicherheitsarchitektur hätte. Dass mit der USA nicht gut Kirschen essen ist, können wir auf der ganzen Welt beobachten. Entsprechend ist es nachvollziehbar, dass unsere Regierung da keinen Streit anfangen will, die Frage ist nur, was uns das kosten darf und ob es nicht einen Mittelweg gibt.

Herr Putin entspricht vor allem innenpolitisch nicht den Vorstellungen, die wir von einem – lupenreinen oder nicht – Demokraten haben. Außenpolitisch setzt er die Interessen Russlands durch, macht aber klare und berechenbare Ansagen. Wir täten gut daran, uns mit ihm an einen Tisch zu setzen und die Interessen abzugleichen. Russland ist unser Nachbar und wird es auch bleiben. Die Geschichte vom schrecklichen Iwan gehört in die Geschichtsbücher.

g.k.

ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
Schürenstraße 7-9 • Sassenberg • Telefon: 02583/1005

STEVENS
E-TRITON LUXE

Sportlicher Luxus auf zwei Rädern

- Bosch CX-Motor mit 75 Nm u. PowerTube 500-Akku
- Shimano Deore XT/SLX-Schaltung
- Nyon-Display mit Navigation u. Bluetooth

Starke Marken · Große Auswahl · Individuelle Beratung

KM BIKE INDUSTRIES KOGA Husqvarna BICYCLES
KALKHOFF Gazelle SPARTA
ROSS GUDEREIT VELOVILLE
Kleinstyle
Kinderfahrräder: PUKY FALTER COLUMBUS

LEASING MIT ALLEN ANBIETERN MÖGLICH

Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Tel: 9 33 51 36

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Tel. 7 70 96

Bürgerinitiative B51

1. Mai Aktion

Die Bürgerinitiative B51 Telgte e.V. informiert am 1. Mai an dem Gelände Pflanzenhof Woltering im Kiebitzpohl über den geplanten vierspurigen Ausbau der B51. Die geplante Verbreiterung der B51 wird mit einem Trass Band auf einem anliegenden Feld visualisiert. Machen Sie sich selbst ein Bild von dem geplanten Ausbau.

Preisausschreiben!

Wie viele Bäume müssen für den Ausbau der B 51 gefällt werden?

Das ist die Frage, die beantwortet werden muss. Schätzen oder zählen...egal. Antworten bitte mit Namen und Adresse oder Telefonnummer bis 12. Mai, 24 Uhr an: poeggskn@gruene-telgte.de.

Gewonnen hat, wer der richtigen Zahl am nächsten



kommt und es gibt auch einen zweiten und einen dritten Preis.

Ausgezählt wird am Sonntag, dem 13. Mai ab 10 Uhr zu Fuß, von der Kreuzung an der gemmeligen Aral-Tanke bis zur Stadtgrenze. Dort kommen uns die Grünen aus Münster entgegen, die von Handorf aus zählen, dort wird die genaue Zahl und die/der Gewinner*in bekannt gegeben und dort gibt es auch eine kleine Erfrischung. Zu-

rück geht's mit dem Auto, um 12 sollten alle wieder in Telgte sein. Treffpunkt ist am alten Penny/Burgerking, alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Um die Sache klarer zu machen, zählen wir nur die großen Bäume direkt an der Straße, erste Reihe, ab einem Stammumfang von 60 cm, das entspricht einem Durchmesser von 19 cm, in 1 m Höhe. Gezählt werden die Bäume ab der Einmündung

Umgehungsstraße Münster/Warendorfer Straße bis zum Abzweig Münstertor in Telgte.

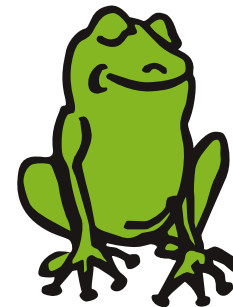
1. Preis: „Dünger: Kraft für Boden und Pflanzen“ von Tina Rāman und Eva-Maria Rundquist

2. Preis: Ein 30-Euro-Gutschein für Bio-Saatgut von Dreschflegel (dreschflegel-saatgut.de)

3. Preis: „Das geheime Leben der Bäume“ von Peter Wohlleben

Die Gewinner*innen werden benachrichtigt, auch wenn sie nicht mit Zählen gehen.

Alles Klar? Denn los!



Identität oder Gigantismus

Was macht der Ausbau der B 51 mit Telgte?

Stellen Sie sich vor, Sie sind in Urlaub und werden gefragt, wo Sie wohnen.

Sie würden wahrscheinlich so antworten: „Telgte ist eine Stadt im Grünen in der Münsterländer Parklandschaft. Sie hat etwas vom mittelalterlichen Flair und ist geprägt durch „Gängskn“ und „Pättkes“ sowie entsprechende Bauwerke in der wunderschönen Altstadt.“ Was aber werden Sie Ihren Bekannten in vier Jahren erzählen müssen? „Früher war Telgte eine kleine, ruhige und beschauliche Stadt in der Münsterländer Parklandschaft, umgeben von viel Grün, geprägt von landwirtschaftlichen Flächen und Naturschutzgebieten. Jetzt aber führt eine Schnellstraße durch das Telgter Gebiet. Permanenter vorbeirauschender Straßenverkehr prägen den Alltag. Das Wohn- und Lebensgefühl ist nicht mehr dasselbe. Stau auf der B51 vor Telgte, wenn es von vierspurig auf zweispurig geht sowie der Verkehrslärm an der B51 haben die einst so idyllische Stadt verändert. Der Ausweichverkehr bei einem Unfall auf der B51 legt den Stadtverkehr komplett lahm.“

Ein Szenario, dass in naher Zukunft Wirklichkeit werden wird, wenn wir jetzt nichts unternehmen. Die Landespolitiker sowie eini-

ge Bundestagsabgeordnete (auch aus unserem Kreis) sind entschlossen den Ausbau zu verwirklichen. Aber zu welchem Zweck und zu welchem Preis? Stellen wir uns den Tatsachen: Es geht nicht darum, dass wir Bürger eine schnellere Anbin-



B 51, Blick in Richtung Münster.

Bild: g.k.

derung zu den Städten bekommen. Nein! Es geht schlicht und ergreifend darum, dem Schwerlastverkehr eine zusätzliche Ost-West-Tangente zu schaffen!

Mit dem vierspurigen Ausbau der B51 werden zwangsläufig gigantische Kreuzungs-Bauwerke und neue Nebenstraßen mit einem 4-streifigen Ausbau auf Telgter Gebiet einhergehen. Landwirtschaftliche Flächen und Grünflächen werden dafür geopfert.

4900 Bürger werden abgeschnitten und müssen neu an die Stadt angebunden werden.

Führt man sich das vor Au-

gen, sollte die Telgter Politik sich davon berührt fühlen. Aber nicht nur die Politik sollte das berühren, sondern auch Sie als Telgter Bürger! Es geht schließlich um Ihr Lebens- und Wohngefühl.

Wenn überhaupt der vierstreifige Ausbau einen rein

verkehrlichen Sinn haben soll, dann mit der Fortsetzung dieser „Autobahn“ bis zum Abzweig der B 64. Dann hätten die Planer nach dem Scheitern der A43 etwa im Jahre 1975 durch den Einspruch von Münster und Hiltrup doch noch ihr Ziel erreicht. Der Bundestagsabgeordnete Reinhold Sendker, also einer von uns, untermauert diese Annahme auch noch auf der Veranstaltung mit dem Landesverkehrsminister Hendrick Wüst. Er wird sich für einen weiteren Anschlussausbau einsetzen. D.h., es soll nicht bei dem bislang geplanten vierspurigen Ausbau der

B51 bis zur Hans-Geiger-Straße bleiben. Herr Sendker will, dass der 4-spurige Ausbau danach weitergeht. Und Straßen-NRW verkündete im Juni 2017 bereits den vierspurigen Ausbau von Münster nach Rheda. Damit ist nicht mehr die Rede davon, dass ein Engpass für uns Telgter und Handorfer beseitigt werden soll. Ganz abgesehen davon, dass die Gutachter des Bundesverkehrsministeriums selbst zugeben, dass sich an unserer Verkehrssituation nichts ändern wird. Das heißt: Wir werden trotz des 4-spurigen Ausbaus weiter im Stau stehen!

Auch hierzu sei die Phantasie bemüht: Der LKW-Verkehr würde förmlich angezogen, denn nach dem 4-spurigen Ausbau der B51 wird sich die Anzahl der LKW's laut Bundesverkehrsministerium in Richtung Telgte mindestens verdrei- bzw. vervierfachen. Wir sprechen dann von 3.000 - 4.000 LKW's pro Tag. Zudem wird sich die Anzahl der PKW's auf bis zu 25.000 Fahrzeuge täglich erhöhen. Zugegeben, wir werden nicht mehr an der Handorfer Ampel im Stau stehen. Dafür ist aber der Stau ab der Hans-Geiger-Str. vorprogrammiert, da der Verkehr mit 27.000 bzw. 29.000 Fahrzeugen täglich auf der 2-spurigen B51 nicht mehr abfließen kann. Wir

bräuchten in diesem Fall ein Kreuzungsbauwerk bei Osthues-Brandhove, wohl auch im Osten. Telgte wäre dann dreigeteilt durch eine A 43 und die Bahnlinie mit Halbstundentakt.

Die Telgter Politik und die Telgter Bürger sollten sich dieser Dimensionen und Auswirkungen bewusst sein und die Augen nicht mehr vor dem geplanten Gigantismus verschließen. Dieser Ausbau wird die größte Baumaßnahme, die Telgte bislang erlebt. Und diese wird eine einschneidende Wirkung haben.

Wir wollen nicht, dass aus unserer Stadt im Grünen zu einer betongepägten Stadt mutiert. Folgen Sie dem Aufruf unseres Bürgermeisters: „Politik, Bürgerschaft und Verwaltung müssen sich über die Ziele der Stadtentwicklung verständigen und die Weichen klug stellen, damit mit den genannten Wachstumsprozessen Identität und Eigenständigkeit unserer Stadt nicht verloren gehen“ (WN,2017). Es ist an uns als Bürgerinnen und Bürgern und es ist auch an den Politikern, Stellung zu beziehen!

Prof. Dr. Monika Rode, Vorsitzende der „Bürgerinitiative B 51 e.V.“



Kahlschlag auf Klein-Borkum

Ratzekahl abrasiert präsentiert sich seit einigen Wochen die Spitze der Emsinsel „Klein-Borkum“ und ergänzt damit das Bild der Baustelle am Wehr und des umzäunten Spielplatzes ganz hervorragend.

Eine Nachfrage der GRÜNEN im Bau- und Planungsausschuss ergab, dass die Spitze im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung liegt und die Stadt vor der Maßnahme auch nicht unterrichtet worden war. Die Begründung für den Radikalschnitt lautete, dass der

Bewuchs den Abfluss des Wassers bei Hochwasser behindere. Nicht ganz nachvollziehbar, aber die Fachleute mögen es ja vielleicht besser wissen.

Verloren gegangen ist erst einmal ein kleines Paradies für ebenso kleine Abenteuer*innen, auch wenn Klein-Borkum durch einen Zaun abgegrenzt und eigentlich nicht zum Spielen freigegeben war. Auch das ist Teil des Abenteuers.

Hoffen wir, dass alles schnell wieder ausschlägt, dem Wasser wird's egal sein.
g.k.

Dauerbaustelle Datenautobahn

Förder-Wirrwarr im Breitbandausbau

Die Versorgung aller Haushalte mit einem leistungsfähigen Internetanschluss ist eines der zentralen Anliegen der neuen Bundesregierung. So sollen bis 2025 „möglichst“ alle Haushalte mit einem Glasfaseranschluss mit dem Internet verbunden sein.

Die Realität heute sieht anders aus: Bislang sind nur rund zwei Prozent der Haushalte mit Glasfaser versorgt. Ein Drittel der Haushalte kommt nicht einmal auf eine Anschlussgeschwindigkeit von 50 Mbit/sec.

Anders als bei einem Telefonanschluss gibt es keinen Anspruch auf Grundversorgung mit schnellem Internet. Hier hat die Realität die Vorgaben der Politik weit abgehängt, da schon längst ein leistungsfähiger Internetanschluss für viele wichtiger ist als ein Telefonanschluss.

Im Kreis Warendorf läuft zurzeit ein Förderprogramm, das alle Haushalte, die nicht einmal 30 Mbit/sec erreichen, über das sogenannte „Vectoring“ auf 100 Mbit/sec ertüchtigen soll. Das betrifft natürlich vor allem die Hofstellen und abgelegene Siedlungsgebiete.

In Telgte sind rund 85 Prozent mit einem breitbandigen Internetanschluss versorgt bzw. werden gerade über Maßnahmen der Telekom im Stadtgebiet bzw. der Deutschen Glasfaser in Westbevern entsprechend versorgt werden.

Wann die restlichen 15 Prozent ebenfalls in den Genuss schnellen Internets kommen, ist noch völlig ungeklärt. Einerseits fehlen Tiefbaukapazitäten, um das bereits genehmigte Programm im Kreis zeitnah umzusetzen, andererseits steht die Frage im

Taste the Waste 2.0

Neue Initiative gegen Lebensmittelverschwendung

Jährlich wandern tausende Tonnen Lebensmittel auf den Müll, einerseits durch Überproduktion - etwa durch die Unsitte der Backstuben, bis Ladenschluss ein komplettes Brotsortiment anbieten zu wollen - andererseits durch zu viel eingekaufte Lebensmittel der Verbraucher*innen.

Einer breiten Öffentlichkeit bewusst wurde das Ausmaß dieser Verschwendung zum ersten Mal durch den Film von Valentin Thurn - „Taste the Waste“. Während der Arbeiten an diesem Film entstand dann auch die Idee, diese Verschwendung nicht nur medial zu thematisieren, sondern konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung zu treffen. So entstand - zusammen mit anderen „Lebensmittelretter*innen“ - die Internetplattform Foodsharing.de.

Foodsharing.de hat sich zum Ziel gesetzt, nicht mehr benötigte Lebensmittel sowohl von gewerblichen als

kurrenz. Foodsharing.com sieht sich dann selbst auch als Ergänzung zu den Tafeln und lässt diesen im Zweifel den Vortritt. Ohnehin ist das Angebot an überschüssigen Lebensmittel immer noch deutlich größer als der Bedarf.

Die Organisation der „Foodsaver“ erfolgt über das Internet. Hier werden sowohl die Abholteams zusammengestellt und koordiniert als auch die abgeholt Waren zur Weiterverteilung präsentiert. Auch können einzelne

Positionen in sogenannten Essenskörben von privat an

privat angeboten werden.

Gegenwärtig ist Telgte auf dieser Plattform noch nicht vertreten. Alle, die dieses ändern möchten, können sich bei info@gruene-telgte.de melden. Für und mit den Interessierten wird in Kürze ein Treffen zur weiteren Abstimmung vereinbart.

Weitere generelle Informationen gibt es unter www.foodsharing.de.

p.s.



~~verschwendet~~

auch privaten Stellen abzuholen, zu verbrauchen oder zum Verbrauch weiter zu verteilen. Anders als die Tafeln spielt dabei die Bedürftigkeit des Empfängers keine Rolle. Es geht einzig darum, die Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten.

Da Foodsharing.de - anders als die Tafeln - auch Lebensmittel mit abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatum verwerten, besteht hier keine unmittelbare Kon-

Urlaub & Pflege Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

p.s.